



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Union des Associations
Europeennes de Football (UEFA)
Route de Geneve 46
CH-1260 Nyon 2
Schweiz

Herrn Generalsekretär
DEU-EURO 2024

Garantie für Sektor 04 – Ticketing (Ziffer 04.16)

Berlin, 23 Februar 2018

Wir, Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz der Bundesrepublik Deutschland, und Brigitte Zypries, Bundesministerin für Wirtschaft und Energie der Bundesrepublik Deutschland, bestätigen hiermit, dass:

- a. im Rahmen der vertraglichen Ausgestaltung von Allgemeinen Ticketbedingungen eines Veranstalters nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der §§ 305 ff. BGB, grundsätzlich Weiterverkaufsbeschränkungen festgesetzt werden können. Voraussetzung für eine solche Vereinbarung ist, dass schützenswerte Interessen des Veranstalters bestehen (wie z.B. die Aufrechterhaltung eines sozialen Preisgefüges oder berechnete Sicherheitsbelange) und die berechtigten Belange des Erwerbers an der Weiterveräußerung der Eintrittskarte die schützenswerten Interessen des Veranstalters nicht überwiegen;
- b. auf Grundlage der Regelungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) geschäftliche Handlungen eines Ticket-Verkäufers nach der Rechtsprechung bei einem Bezug der Tickets beim Veranstalter unter Täuschung über die eigene Wiederverkaufsabsicht unter dem Schlagwort des sogenannten „Schleichbezugs“ eine unzulässige Mitbewerberbehinderung nach § 4 Nummer 4 UWG verwirklichen können, welche u. a. durch den Veranstalter zivilrechtlich mittels der im UWG zur Verfügung stehenden Ansprüche (u. a. Unterlassungs- und Schadensersatzanspruch) begegnet werden kann, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen;
- c. es einem Veranstalter zivilrechtlich möglich ist, Tickets in personalisierter Form als Namenspapiere mit oder ohne Inhaberklausel auszugeben; in diesem Fall hat der Veranstalter grundsätzlich das Recht, denjenigen Ticketinhabern entschädigungslos den Zutritt zur Veranstaltung zu verweigern, die nicht namentlich auf dem Zutrittspapier bezeichnet sind, es sei denn, diese weisen dem Veranstalter ihre Rechtsinhaberschaft nach;

- d. der gewerbsmäßige Verkauf von als Wertpapieren zu qualifizierenden Tickets und Akkreditierungen zu einer Veranstaltung außerhalb einer gewerblichen Niederlassung (z. B. auf Straßen, auf öffentlichen Plätzen oder im öffentlichen Raum) nach Maßgabe des § 56 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe h der bundesweit geltenden Gewerbeordnung (GewO) zu den im Reisegewerbe verbotenen Tätigkeiten gehört und damit nicht zulässig ist; der vorsätzliche oder fahrlässige Verstoß gegen diese Vorgaben ist als Ordnungswidrigkeit nach § 145 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe a GewO einzustufen und kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland



Heiko Maas, MdB
Bundesminister der Justiz
und für Verbraucherschutz



Brigitte Zypries
Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie